



Liebe Mitglieder
der DFG-VK Baden-Württemberg,

in den letzten Ausgaben der *Südwest-Kontakte* hat Euch an dieser Stelle immer Sarah Fontanarosa be- und begrüßt. Heute vertrete ich Sarah, und an sie gehen ganz besondere Grüße und Glückwünsche zur Geburt Ihrer Tochter Emilia Hailey.

Dass die Anzahl der Einreichungen zum Ulli-Thiel-Friedenspreis erheblich gestiegen ist, ist natürlich auch eine gute Nachricht, aber die Entwicklung ist zu einem Teil wohl auch auf die weltpolitische Lage zurück zu führen. (Siehe den Bericht auf der letzten Seite dieser *Südwest-Kontakte*.)

Wie wir uns für den Frieden einbringen können und mit wem, das ist Thema des Pro & Contra zum Aufruf zur Demo am 1. Oktober in Stuttgart auf der nächsten Seite.

Schon jetzt will ich hinweisen auf das Landesverbands-Neujahrstreffen in Karlsruhe am 21. Januar 2023 Termin bitte jetzt schon vormerken, Einladung und Programm dann in den nächsten *Südwest-Kontakten*.

Viele Grüße von
eurem Landeskassierer
Thomas Schild-Dona

DFG-VK-Landesverband

Gedanken zum Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine Konsequenzen für die Friedensbewegung

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bietet der LandessprecherInnenkreis Online-Gesprächsrunden für alle baden-württembergischen DFG-VK-Mitglieder. Angeregt durch diese Gespräche haben einzelne Mitglieder danach noch schriftlich ihre Gedanken für die weitere Diskussion formuliert. Nach der Veröffentlichung von Stellungnahmen von Stefan Lau und Sabine Thielicke in den letzten Südwest-Kontakten (<https://bit.ly/3MXEtFd>) setzen wir das mit der Hans-Jürgen Kobus fort.

Die Einladungen für die Gesprächsrunden verschicken wir per E-Mail an alle Mitglieder, von denen wir die Mail-Adresse haben; das ist leider nur bei der Hälfte der Mitglieder in Baden-Württemberg der Fall. Wer also Interesse an Einladungen und sonstigen Informationen hat, teile bitte seine/ihre E-Mail-Adresse mit an: ba-wue@dfg-vk.de (wegen der klaren Zuordnung bitte mit Namen, Wohnort und ggf. der Mitgliedsnummer).

Erste Konsequenz für die DFG-VK und die Friedensbewegung: Wir müssen die Lage ehrlich und ohne Tabus analysieren:

1. Wir müssen als Pazifisten vom Ist-Zustand ausgehen: Der kriegerische Überfall Russlands auf die Ukraine hat zu einem Krieg geführt, an dem die meisten europäischen Länder beteiligt sind. Auch die Lieferung von Waffen ist in dieser Situation eine Kriegshandlung.

2. Dass dieser Krieg von Russland bisher nicht über die ukrainische Grenze hinaus erweitert wird, ist eine Folge der wirksamen nuklearen Abschreckung durch die NATO. Ein NATO-Beitritt von Schweden und Finnland ist daher – so schwer es mir als Pazifisten fällt, das einzuräumen – ein Beitrag zur Eindämmung der Gefahr eines erweiterten Krieges.

3. Ja, auch wir Pazifisten haben nach 1990 zu lange darauf vertraut, nur von Freunden umgeben zu sein. Wir haben uns gefreut über die Aussetzung der Wehrpflicht und haben uns amüsiert über die Schlapereien bei der Bundeswehr und die schwindende Einsatzbereitschaft ihrer Waffensysteme. Wir haben versäumt, die in den 70er Jahren breit diskutierten Konzepte der Sozialen Verteidigung für die heutige Gesellschaft weiterzuentwickeln. Wir haben das versäumt, weil

wir nicht mehr an eine Gefahr aus dem Osten geglaubt haben.

4. Seit mehr als zehn Jahren hat sich Russland immer stärker zu einem autoritären, antidemokratischen Staat entwickelt, dessen heutige Politik man nicht anders als imperialistisch und faschistisch beschreiben muss. Das ist nicht Putin allein, dahinter stehen russische Intellektuelle wie Dugin oder Kirchenleute wie der Patriarch Kyrill und diverse Oligarchen. Wie in faschistischen Staaten üblich, bestimmen diese Kreise über die Informationen der Russen und haben so die Masse der Bevölkerung in der Hand.

Zweite Konsequenz: Wir müssen für unsere Gesellschaft eine Sozial-Digitale Verteidigung aufbauen

1. Die Initiative „Sicherheit neu denken“ verwendet in ihren Papieren den Begriff „ziviler Widerstand“ und verweist nicht nur auf die bekannten historischen Beispiele, sondern aktuell auch darauf, dass in der Ukraine vor allem zu Kriegsbeginn viele solcher mutigen Widerstandsaktionen stattgefunden haben. Aber wenn es darum geht, aus den volatilen spontanen Widerstandsaktionen eine Strategie zu formen, halte ich diesen Begriff für verfehlt: Zum einen ist der Widerstandsbegriff durch die sogenannten „Querdenker“ (besser: „Quergläubische“) desavouiert worden, zum anderen ist „Widerstand“ schon vom Wortsinne her reaktiv. Es geht aber um ein aktives Eintreten für den dauerhaften Erhalt von Demokratie und Menschenrechten in unserer Gesellschaft.

2. Ganz bewusst habe ich oben den Begriff „Sozial-Digitale Verteidigung“ verwendet: Eine digitalisierte Gesellschaft hat völlig andere Kommunikationsstrukturen als die herkömmliche analoge. Hackerangriffe demonstrieren immer wieder, wie einfach zur Zeit noch wichtige Strukturen von Verwaltungen oder Firmen ohne jede manifeste Gewalt lahmzulegen sind. Es wird darauf ankommen, digitale Strukturen, Informationsnetze, demokratische Institutionen usw. einerseits resilient zu machen, andererseits sie so auszubauen und zu dezentralisieren, dass sie von den Verteidigern der Demokratie jederzeit, ohne dass ein potenzieller Besatzer das verhindern könnte, aktiv genutzt werden können. Machen wir uns an die Arbeit!

Hans-Jürgen Kobus

Langjährige Mitglieder im DFG-VK-Landesverband

Wir beglückwünschen folgende Mitglieder, die dem Verband so lange die Treue gehalten haben (August-Oktober):

60 Jahre: Andreas Nothardt

55 Jahre: Wolfgang Jackwerth

50 Jahre: Günther Michael Keim, Herbert Weiss, Ralf Heuser-Lindner, Mathias Kohler, Johann Jung, Bernd Schmid, Klaus Pfisterer, Sigrid Alther-König, Jörg Daniel

45 Jahre: Armin Härle, Adam Schwenk

40 Jahre: Michael Giglmaier, Robert Würth, Harald Kost, Reinhard Raub, Rolf Männl, Jürgen Möck, Johannes Roggenstein, Thomas Riestler, Erwin Lotter, Willi Stähle, Jürgen Klingel

35 Jahre: Holger Gebert, Wolfgang Pfeiffer, Gerald Irmer, Peter Kaufmann, Dietmar Kühnle

25 Jahre: Henrike Kranich, Bernhard Elsässer

DFG-VK-Landesverband

Umstrittene Bündnisse in Kriegszeiten

Pro & Contra zur Beteiligung an der Demo in Stuttgart am 1. Oktober

Am 1. Oktober fand in Stuttgart unter dem Motto „Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Statt dessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik! Stoppt den Krieg! Verhandeln statt Schießen!“ eine Demonstration von verschiedenen Organisationen statt. Der DFG-VK-Landessprecher*innenkreis (LSK) hatte sich im Vorfeld mehrheitlich entschieden, zu dieser Demonstration nicht aufzurufen. Um diese Entscheidung transparent und die unterschiedlichen Positionen deutlich zu machen, veröffentlichen wir als Pro & Contra Beiträge von Frank Chudoba (Pro) und Klaus Pfisterer (Contra), beide Mitglied im LSK.

Das Thema ist zu komplex, um es auf wenige zur Verfügung stehende Zeilen zu reduzieren. Ich möchte daher auf aktuelle Problemfelder eingehen, welche deutlich machen sollen, warum ich persönlich für die Demo spreche.

Wer wirklich daran interessiert ist, Kriegursachen zu bekämpfen, sollte diese klar und umfassend benennen und aktiv daran mitwirken, die öffentliche Meinung zu prägen. Nicht nur in internen Kreisen, sondern in der Öffentlichkeit. Es ist ja nicht wirklich so, dass Demos und Massen an Menschen die Politik beeindrucken oder zum Politikwechsel führen – wie an TTIP oder FFF ersichtlich –, doch bietet es die Plattform für Austausch und Paradigmenwechsel.

Das Land befindet sich in schwierigen Zeiten. Die Menschen haben Angst, sind verunsichert. Diese, wie auch die Betriebe, wissen nicht, wie sie aufgrund der Inflation in allen Bereichen den Winter überstehen sollen. Wohlstandsverlust hat den Osten des Landes zur Hochburg der AfD werden lassen. Wir können die Themen auf Kundgebungen aus unserer Sicht – im Sinne eines friedlichen und gerechten Zusammenlebens aller Menschen und Völker – offenlegen oder wir können dieses den rechtsextremen Gruppierungen überlassen und uns über Wahlergebnisse wie in Schweden, Italien und Niedersachsen nur „wundern“.

Eine Distanzierung von rechten Gruppen wird ad absurdum geführt, zumal jede Kritik an verfehlter Politik in die rechte Ecke geschoben wird. Wenn wir deutlich machen, wofür wir stehen, müssen wir uns von nichts distanzieren. Wir haben keine Zeit, Demos nach hinten zu schieben. Die Eskalation in der Ukraine nimmt immer weiter zu. Stehen wir am Rande eines 3. Weltkrieges? Atomwaffen werden als militärische Option gesehen. Ernsthafte Friedensbemühungen sind nicht erkennbar. Der Bundeshaushalt 2023 mitsamt der 100 Milliarden + 2% vom BIP wird bis Ende November beschlossen.

Es ist eine Idiotie, zu behaupten, wer nicht den Schuldigen des „völkerrechtswidrigen Angriffskrieges“ benennt, würde sich auf Seiten Russlands stellen, aber gleichzeitig die NATO als Verteidiger westlicher Werte darzustellen. Was soll dieses gebetsmühlenartig aufgesagte Mantra „wir verurteilen ...“ bewirken? Warum der ausschließliche Fokus auf Russland? Warum werden die Menschenrechtsverletzungen, Konflikte und Kriege in Afghanistan, Syrien, Jemen, Iran, Armenien, Türkei, der Ostukraine und Katar ausgeblendet? Warum wird eine ordentliche Debatte selbst innerhalb der Friedensbewegung verhindert? Es wird längst mit zweierlei Maß gemessen. Ich kenne keinen, der den Angriffskrieg auf die Ukraine gutheißt. War dieser doch ein Bären dienst, die Hochrüstung in der EU und NATO zu begründen, Kriegsgeschrei über die Medien und Politik bis hin in die Bevölkerung hinein wiedererwachen zu lassen.

Ich habe lange überlegt, ob ich den Kern des Problems offenlegen soll. Waren es die Meinungsverschiedenheiten zu „Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung“, ob „Pazifismus noch zeitgemäß“ oder „Aufrüstung als notwendiges Übel gegen die Bedrohung aus dem Osten“ notwendig sei? Nein! Die antideutschen Strömungen und Positionen in der Friedensbewegung wurden frühzeitig bei der Planung zur Demo am 1. Oktober deutlich. So wurden Bündnisse und Initiatoren als antisemitisch und antiamerikanisch gebrandmarkt, NATO-kritische Stimmen im Keim erstickt und Stimmung gegen eine Teilnahme gemacht. Sogar gegenüber der Presse, die die „zweifelhafte“ Friedensbewegung aufgrund solcher Aussagen schon lange nicht mehr ernst nimmt. Dieses Problem ist nicht neu und muss endlich ausdiskutiert werden. Stuttgart hat am 1.10. ein breites Bündnis mit Gewerkschaften und Kirchen auf die Beine gestellt, die deutlich gemacht haben, wie wichtig eine zivile Nutzung des Bundeshaushaltes ist, dass Militär und Klimaschutz nicht zusammenpassen und Waffenlieferungen noch nie Kriege beendet haben. Positives Echo für das bundesweite Engagement gab es zudem von der US-Friedensbewegung.

Ich bin für eine streitfähige und untereinander respektvolle Friedensbewegung, die wieder ernstgenommen wird. Am Ende möchte ich eine „Leitfigur“ der DFG-VK zitieren: „Wir dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen“. Die Friedensbewegung selbst wird den Krieg nicht beenden können, doch sie kann und muss den öffentlichen Diskurs entfachen und ein Umdenken herbeiführen. Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?

Frank Chudoba ist Mitglied im LandessprecherInnenkreis der DFG-VK Baden-Württemberg.

Die **SÜDWEST-KONTAKTE** sind die Informationsbeilage zur „ZivilCourage“ für alle Mitglieder des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Sie erscheinen mit jeder Ausgabe der „ZivilCourage“, in der Regel fünf- bis sechsmal jährlich. Herausgegeben werden die **SÜDWEST-KONTAKTE** vom Landesvorstand des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711/51 88 56 01, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/ln-bawue Redaktion: Sarah Gräber Gestaltung: SPS-Graphics

Der Landessprecherkreis der DFG-VK Baden-Württemberg hat sich gegen die Unterstützung und Mobilisierung der Demo am 1. Oktober in Stuttgart ausgesprochen und die Gruppen davon schriftlich unterrichtet.

Ich habe zu diesem Beschluss mit beigetragen und möchte einige Gründe dafür nennen.

Es geht aber insgesamt um mehr als nur die Demo in Stuttgart. Diese ist nur ein Kulminationspunkt der inhaltlichen und bündnispolitischen Auseinandersetzung innerhalb der Friedensbewegung.

- Die Forderungen im Aufruf zum 1.10. kann man unterstützen. Aber darum ging es bei dem Aufruf nicht. Es ging darum, was im Aufruf fehlt und bewusst nicht genannt wurde. Unseren Vertretern im Vorbereitungskreis ist es nicht gelungen, im Aufruf Russland für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine zu verurteilen und Präsident Putin als Verantwortlichen dieses Krieges zu benennen.
- Weiter wurden Forderungen nach Sanktionen gegen Russland grundsätzlich abgelehnt.
- Für mich ist die Grundsatzklärung der WRI „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“ das Essential für die Friedensarbeit, hinter das ich nicht zurückfallen kann. Wir müssen alle Kriege nach denselben Maßstäben verurteilen.
- Jahrelang haben wir die Kriege der USA verurteilt und jetzt sollen plötzlich andere Maßstäbe gelten. Das kann nicht sein. Als Friedensbewegung sind wir in der Gesellschaft nur glaubwürdig, wenn wir klare Aussagen machen. Und Russland hat den Krieg gegen die Ukraine begonnen. Da kann es keine zwei Meinungen geben.
- Es geht nicht darum, den kleinsten gemeinsamen inhaltlichen Nenner zu finden, sondern klare pazifistische Positionen zu beziehen. Dabei klärt sich auch, mit wem man zusammenarbeiten kann bzw. auf einem Flyer genannt werden möchte.

Es geht auch um die Bündnisarbeit insgesamt. Im Vorfeld der Vorbereitungen für die Demo am 1. Oktober wurden die Organisatoren der Großdemonstration vom 13. März 2022 in Stuttgart nicht

Das ist der umstrittene Aufruf zur Demonstration am 1. Oktober in Stuttgart mit der Liste der unterzeichnenden Organisationen:

Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!
Statt dessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!
Stopp den Krieg!

Verhandeln statt Schießen!

Für das Erreichen dieser Ziele verlangen wir Abrüstung statt Aufrüstung und die Abkehr von jeglicher kriegerischer Eskalation!

angesprochen, zu denen auch die DFG-VK Ba-Wü gehörte. Der/die Vertreter vom Friedensnetz Ba-Wü bemühten sich nicht um Kontakt zu den damaligen Organisatoren.

Im Friedensnetz Ba-Wü, in dem die DFG-VK nicht Mitglied ist, hat die DKP erheblichen Einfluss, was sich auch in der Unterstützerliste zeigt. Das ist für die DFG-VK ein Problem und führt unweigerlich dazu, dass wir klare Entscheidungen treffen müssen, mit wem wir im Bündnis arbeiten. Dabei geht es nicht alleine um die DKP, sondern um den Einfluss von Parteien insgesamt.

Die DFG-VK bzw. die Friedensbewegung war in den 80-er Jahren von der DKP dominiert und wurde von ihr auch finanziert. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Die Friedensbewegung muss parteiunabhängig sein und sich vom Parteeinfluss distanzieren.

Das Friedensnetz Ba-Wü ist inzwischen zu einem lokalen Stuttgarter Bündnis geschrumpft, das wenig Ausstrahlung hat. Was fehlt, ist ein landesweites Bündnis mit Strahlkraft, in dem Umweltverbände, Fridays for Future, Gewerkschaften u.a. die Themen Klima, Militär/Rüstung und Sozialabbau bündeln und so auf die großen Herausforderungen unserer Zeit eingehen. Parteien dürfen in solch einem Bündnis keinen Einfluss haben.

Abgrenzung nach rechts! Seit die AfD mit dem Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ Werbung macht und die Ursprungsidee von Ulli Thiel für parteipolitische Ziele missbraucht, ist eine klare Abgrenzung nach rechts nötig. Wir müssen „Frieden schaffen ohne Waffen“ politisch besetzen und unsere Ablehnung jeglichen Krieges und Rüstungsproduktion deutlich machen.

Über all diese Themen müssen wir uns inhaltlich auseinandersetzen und sollten klare Entscheidungen auch über Abgrenzungen treffen.

Da die DFG-VK auch auf Bundesebene den dezentralen Aktionstag nicht unterstützt hat und für den 19. November einen eigenen Aktionstag vorbereitet, ist eine Diskussion über die inhaltliche Positionierung unseres Verbandes und Bündnisarbeit auf Landes- und Bundesebene dringend geboten.

Klaus Pfisterer ist Mitglied im LandessprecherInnenkreis der DFG-VK Baden-Württemberg.

Die zwei bundesweiten Netzwerke „Bundesausschuss Friedensratschlag“ und „Kooperation für den Frieden“ rufen gemeinsam die Bevölkerung auf, sich am bundesweiten dezentralen Aktionstag zu beteiligen und entschieden den Politikwechsel hin zu Frieden und Abrüstung zu fordern.

Wir fordern

- Waffenstillstand und Verhandlungen - Waffenlieferungen eskalieren und verlängern den Krieg

- nur Diplomatie, Dialog und Kooperation können den Krieg in der Ukraine und die Kriege überall auf der Welt beenden und weitere verhindern.

- Gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine.

- Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für den jährlichen Rüstungshaushalt sowie Umwidmung des 100 Milliarden Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung.

- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung.

- Internationale Kooperation in Europa und weltweit als Grundlage für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit und zur notwendigen Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Armut.

- Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden.

- In Stuttgart fordern wir zusätzlich die Schließung der beiden US-Kommandozentralen AFRICOM und EU-COM.

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Attac Besigheim-Ludwigsburg, DFG-VK Stuttgart, DGB Frauenausschuss Stuttgart, DGB Region Stuttgart, DIFD Göppingen/Geislingen, DIFD Jugend Stuttgart, DIFD Stuttgart Föderation demokratischer Arbeitervereine, DIFD Ulm, DKP Baden-Württemberg, DKP Heidenheim, DKP Karlsruhe, DKP Rems Murr, Friedensbündnis Karlstuhe, Friedensmahnwache Tübingen, Friedensplenum - Antikriegsbündnis Tübingen, Friedenstreff Bad Cannstatt, Friedenstreff Stuttgart-Nord, Friedensnetz Schwäbisch Hall, Gesellschaft Kultur des Friedens, GEW Kreis Stuttgart, IPPNW Stuttgart, NaturFreunde Württemberg e.V., NaturFreunde Stuttgart e.V., Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung, pax christi Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Stuttgart, Stuttgarter Krisenbündnis, Stuttgarter Wasserforum, ver.di-Bezirk Stuttgart, VVN - Bund der AntifaschistInnen Baden-Württemberg, VVN - Bund der AntifaschistInnen Kreisvereinigung Tübingen-Mödingen, VVN - Bund der AntifaschistInnen Stuttgart, Waldheim Gaisburg - Frierich-Westmeyer-Haus e.V., Waldheim Stuttgart - Clara Zetkin Haus e.V., Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Adressenliste

DFG-VK-Gruppe Bodensee-Oberschwaben

Bernd Wipper, Maurus-Betz-Str. 12,
88662 Überlingen, 07551-3085066,
doc.b.wipper@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Freiburg

Postfach 5261, 79019 Freiburg
Treffen: Büro im Friedenszentrum,
Stühlinger Str. 7
Tel.: 0761-7678089
freiburg@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de/freiburg

DFG-VK-Gruppe Heidelberg

c/o Kai-Uwe Dorsch, Hohegasse 1,
69181 Leimen
Tel.: 01525-6907676
heidelberg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

c/o Sonnhild Thiel, Alberichstraße 9,
76185 Karlsruhe; Tel.: 0721-552270
dfg-vk.karlsruhe@posteo.de

DFG-VK-Gruppe Ludwigsburg

c/o Wolfram Scheffbuch, Oberdorf-
straße 9, 74366 Kirchheim am Neckar
Tel.: 07143-94668, Mobil: 0173-7397214
ludwigsburg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

c/o Friedensbüro Mannheim, Speyerer
Str. 14, 68163 Mannheim
Tel.: O. Reger (Tel. 017650218312),
H. Sauer-Gürth (Tel. 0621-858301)
mannheim@dfg-vk.de
mannheim.dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

c/o Wolfgang Eberhardt, Mörikestraße 6,
77654 Offenburg
Tel.: 0781-53669
mittelbaden@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Neckar-Fils

c/o Jürgen Flicker, Hauptstr. 46,
73275 Ohmden, Tel.: 07023-2728
jblfli@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Stuttgart

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711-51885601; stuttgart@dfg-vk.de
jeden 3. Dienstag im Monat Gruppen-
treffen um 19 Uhr in der Werastr. 10

DFG-VK-Gruppe Tübingen

c/o Informationsstelle Militarisierung
(IMI e.V.), Hechingerstr. 203, 72072 Tü-
bingen; Tel.: 07071-791703; tuebingen@
dfg-vk.de; www.imi-online.de

DFG-VK-Gruppe Gammertingen

c/o Walter Märkle, Beethovenstr. 2,
72501 Gammertingen; Tel.: 07574-2920

DFG-VK-Gruppe Pforzheim

c/o Christof Grosse, Brettener Str. 41,
75181 Pforzheim; Tel.: 07231-358765

DFG-VK-Gruppe Ulm/Neu-Ulm

c/o Markus Kiefer, Otto-Lilienthal-
Weg 65, 89075 Ulm;
Tel.: 0731-40300388; ulm@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband BaWü

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711-51885601
eMail: ba-wue@dfg-vk.de
Internet: www.dfg-vk.de/lv-bawue
Facebook: <https://www.facebook.com/groups/DFG.bawue/>

DFG-VK-Friedensarbeit im Bündnis

Ulli-Thiel-Friedenspreis 2022

Rn

Der Ulli-Thiel-Friedenspreis für Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg ist am 14. Juli zum dritten Mal verliehen worden. Den mit 500 Euro dotierten ersten Preis erhielt die Schülermitverantwortung (SMV) der Bodenseeschule St. Martin in Friedrichshafen. „Wir ziehen in den Frieden“, unter diesem Motto hatte sie anlässlich des Kriegs in der Ukraine einen Sternmarsch für Schüler*innen aus Friedrichshafener Schulen organisiert, der in eine Kundgebung mündete. Dabei hatte jede Schule die Möglichkeit, ein Statement zur aktuellen Situation beizutragen und sich an Aktionen zu beteiligen. Gewürdigt wurde das große Engagement, mit der es der SMV gelang, 2500 Schüler*innen für die Friedensaktion zu beteiligen, so die Jury.

Der Preis wird von der Evangelischen Landeskirche in Baden, der DFG-VK Baden-Württemberg, „pax an!“ – Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung und pax christi Freiburg und Rottenburg-Stuttgart ausgelobt.

Der Namensgeber Ulli Thiel (1943 – 2014) war Sonderschullehrer, GEW-Kollege Friedensaktivist und Ideengeber der Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm 1983, der bislang größten Aktion der Friedensbewegung in Deutschland. Von ihm stammt der Spruch „Frieden schaffen ohne Waffen“, der zum Motto des Preises geworden ist. Dazu gab es in diesem Jahr 29 Einsendungen – ein Rekord! Das zeigt ein gesteigertes Interesse der Schulen an dem Friedenspreis und machte es der Jury besonders schwer, die vier Preisträger*innen auszuwählen.

Auf den zweiten Platz, dotiert mit 400 Euro, kam ein Beitrag der Spitalhofschule Ulm. Ausgehend von einem Liedtext, in dem ein Engel das Samenkorn des Friedens pflanzt, schrieb die Lerngruppe 3b Elfchen-Gedichte und packte sie mit Blumensamen in kleine Tüten. Auf dem Münsterplatz sangen die Schüler*innen das Lied, trugen ihre Gedichte vor und verkauften die Samentütchen an Passanten.

Ein Rap von Schülern des Melanchton-Gymnasiums Bretten und ein Märchen von Klasse 3 der Hubert-Burda-Schule Offenburg-Fessenbach wurden als dritte Plätze mit je 250 Euro ausgezeichnet.

Da in diesem Jahr so viele hervorragende Arbeiten eingereicht wurden, entschied sich die Organisatoren spontan, noch vier Anerkennungspreise zu je 50 Euro zu vergeben. Damit wurden die 11. Klasse des Robert-Gerwig-Gymnasiums in Hausach bedacht, ein T-Shirt-Projekt des Johann-Sebastian-Bach-Gymnasiums Mannheim sowie zwei Gemälde von Schülerinnen zum Thema „Frieden“. Ein Sonderpreis ging an die Berufsfachschule Johanna-Wittum in Pforzheim für ihren „Friedenskoffer“.

„Frieden stellt sich nicht einfach so ein, sondern braucht junge Menschen, die ihn beherzt anpacken“, so die Landesbischöfin Heike Springhart in ihrer Laudatio. „Pax an‘ wird so zum mitreißenden Appell, Frieden zu schaffen. Ohne Waffen, aber mit Mut, Kreativität und einer gehörigen Portion Hoffungssturheit, die gerade in Sachen des Friedens nicht groß genug sein kann.“

Sonnhild Thiel zeigte in ihrer Rede, wie die immensen Summen, die für Rüstung ausgegeben werden, die Bekämpfung von Hunger, Klimakatastrophen und Armut verhindern. „... und dies führt wieder zu Krieg. Diese Gewaltspirale muss durchbrochen werden, und das geht nicht mit Waffen, sondern mit Diplomatie, vertrauensbildenden Maßnahmen, alternativen Konfliktlösungsmodellen, Friedenserziehung, eben nur mit „Frieden schaffen ohne Waffen.“

Die Ausschreibung für den Wettbewerb 2022/23 startete am 21. September, dem Weltfriedenstag. Einsendeschluss ist der 28. April, die Preisverleihung ist am 7. Juli. Der Preis wird noch attraktiver: Mit der württembergischen Landeskirche kommt ein weiterer Veranstalter hinzu, so dass sechs Preise im Wert von 200-500 Euro und zwei Sonderpreise im Wert von je 100 Euro ausgeschrieben sind. (www.ulli-thiel-friedenspreis.de)

